



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Pakt für mehr Schulsozialarbeit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, gegenüber dem Bund sowie den Kreisen und Kommunen eine Initiative für einen „Pakt für mehr Schulsozialarbeit“ an den allgemein- und berufsbildenden Schulen zu starten.

Begründung:

Die Corona-Pandemie trifft die Schülerinnen und Schüler in mehreren Bereichen hart. Sie müssen nicht nur den Wechsel zwischen Präsenz-, Hybrid- und Distanzunterricht unter erschwerten Lernbedingungen bewältigen. Ihr gesamtes soziales Leben innerhalb und außerhalb der Schule ist seit über einem Jahr extrem eingeschränkt; Rückzugsräume wie Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken u.a. stehen ihnen kaum noch zur Verfügung. Das bleibt nicht ohne psychische Auswirkungen.

Gerade in Phasen des Wechselunterrichts kommen Lehrkräfte an die Grenzen des Machbaren, auch was ihre Möglichkeiten der pädagogischen Einflussnahme angeht. Ganze Tage in Audiokonferenzen ohne Freizeitausgleich setzen viele junge Menschen unter Stress; andere verstärken ihren Hang zu Suchtverhalten, ohne dass die üblichen Hilfesysteme im gewohnten Umfang zur Verfügung stehen. Gleichzeitig führt die nachlassende Regelmäßigkeit der Kontakte bei einigen Schüler*innen verstärkt zum Absentismus, dem nur aufsuchend und in vielen Gesprächen, auch mit der Familie, begegnet werden kann.

Kinder und Jugendliche brauchen zu einer gesunden Entwicklung Gelegenheit zur Selbstdefinition, kreative Ausdrucksmöglichkeiten, sportliche Aktivität und Bewegung und vor allem positive Sozialbeziehungen über den engsten Familienkreis hinaus. Dazu muss auch die Schulsozialarbeit stärker als bisher in den Mittelpunkt rücken.

Zusätzliche Lehrkräfte an den Schulen und mehr Stellen für Schulassistenzkräfte müssen mit einer Aufstockung der Schulsozialarbeit einhergehen. Bund, Länder und Kommunen sind dazu aufgefordert, miteinander über einen Pakt für die Schulsozialarbeit zu sprechen – mit zusätzlichen Stellen und der Möglichkeit zur Aufstockung von vorhandenen Stellen an den allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Martin Habersaat, Kai Vogel
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW